



NEWSLETTER-REPORT

AUSGABE 02/23

Notenbanken verursachten Bankenpleiten

Liebe Leser,

im März mussten zwei US-Banken von den Behörden geschlossen werden, eine weitere konnte nur durch eine Liquiditätsspritze von 30 Milliarden Dollar gerettet werden und in der Schweiz ist man nicht umhine gekommen, die größte Bank des Landes zu zwingen, den kranken Konkurrenten zu übernehmen. Zudem vermeldete die Schweizerische Nationalbank für 2022 einen Rekordverlust in Höhe von 132 Milliarden CHF. Der Verlust von zwei Dritteln des Eigenkapitals binnen eines Jahres ist für eine Notenbank unglaublich. Sind diese dramatischen Ereignisse der Beginn einer neuen Bankenkrise?

Die Schließung zweier US-Banken hatte das US-Finanzsystem ziemlich in Bedrängnis gebracht, sodass sich der US-Präsident genötigt sah, die Bevölkerung zu beruhigen. In einer Ansprache rief er seinen Landsleuten zu: „Die Amerikaner können sich darauf verlassen, dass das Bankensystem sicher ist.“ Parallel verkündeten der Notenbankchef, die Finanzministerin und der Einlagensicherungsfonds FDIC in einer dramatischen Gemeinschaftserklärung, dass alle Bankkunden an ihr Geld kämen, dass das amerikanische Bankensystem „widerstandsfähig“ sei und „auf solidem Fundament“ stehe.

Was wie eine große Beruhigung wirken sollte, machte viele Amerikaner erst recht misstrauisch. Sie fragten sich, wie schlimm die Schieflage und das Risiko im US-Bankensystem denn sein müssen, wenn sogar

Präsident, Notenbankpräsident und Finanzministerin gemeinsam beschwören, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, dass nämlich das Geld auf Bankkonten sicher sei. Berichte von Barabhebungen und Schlangen vor US-Bankautomaten häuften sich. Die Angst vor einem Banken-Run lag in der Luft.

Bidens ungewöhnlicher Beschwichtigungsversuch erinnert an den legendären Auftritt von Merkel und Steinbrück im Oktober 2008. Die Finanzkrise hatte das Weltfinanzsystem ins Wanken gebracht. Es drohte durch zuviele Barabhebungen in Deutschland eine Serie von Bankenpleiten und Merkel versprach fast wortgleich wie nun Biden: „Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.“

Merkels Versprechen sollte der Beruhigung der Bevölkerung dienen. Bei einem Geldvermögen der Deutschen von fast sechs Billionen Euro hätte ein kollektiver Run auf die Bankkonten von der Bundesregierung in keinsten Weise aufgefangen werden können. Merkels dahingesagte Garantie wäre nicht erfüllbar gewesen, aber es war ein erfolgreicher Trick, zur Zurückgewinnung von Vertrauen in das Bankensystem.

Seitdem sind mehr als 14 Jahre vergangen. Die damalige Finanzkrise wurde bekämpft mit der defacto Abschaffung von Zinsen und der Verdoppelung der weltweiten Schulden. Damals belief sich der weltweite gesamte Schuldenstand auf etwa 142 Billionen USD. Heute liegt er bei über 300 Billionen USD. Die immense Gelddruckerei der letzten Jahre musste zwangsläufig zu hohen Teuerungsraten führen. Seit einem Jahr erhöhen die Notenbanken die Zinsen. Dadurch soll die Nachfrage und somit der Preisauftrieb abgebremst werden. Schnell und **stark steigende Zinsen führen zu Kursverlusten der Vermögenswerte, wie Anleihen und Aktien.**

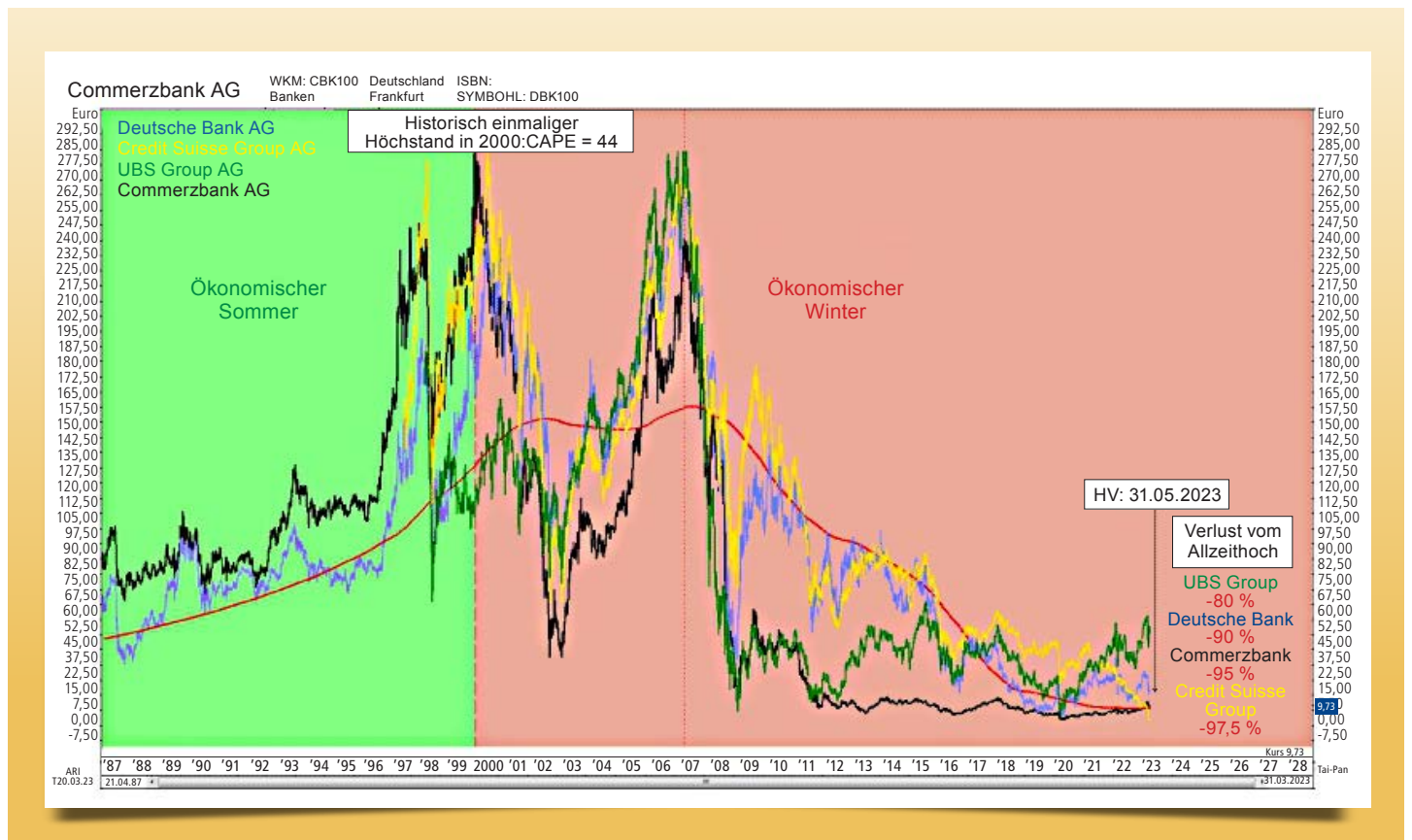
Die unrealisierten Kursverluste von Anleihen in den Bilanzen der US-Banken belaufen sich auf etwa 1,7 Billionen Dollar. Einige Banken waren aus Liquiditätsgründen im März gezwungen, Anleihen zu verkaufen. Dadurch realisierten sie hohe Kursverluste, die das Eigenkapital der Bank vernichteten.

Bevor wir uns die neue Bankenkrise genauer ansehen, ein sehr kurzer Blick zurück, auf die letzte Krise von 2008:

Der Chart (siehe unten) zeigt den Vergleich der Aktienkurse der beiden größten Schweizer Banken mit den beiden größten Banken in Deutschland. Bei allen vier Banken ist der Aktienkurs seit 2008 bis heute um über 90 Prozent gefallen!

Die UBS hatte sich in den letzten drei Jahren besser erholt als die anderen drei Großbanken und musste nun mit der völlig darniederliegenden Credit Suisse zwangsfusioniert werden.

Im Chart: **UBS: grün; Credit Suisse: gelb, Deutsche Bank: blau, Commerzbank: schwarz.**





Warum erleiden Anleihen bei steigenden Zinsen Kursverluste?

Wenn die Zinssätze steigen, verlieren bestehende Anleihen an Wert! Angenommen, jemand hat eine Anleihe zu einem Zinssatz von 2 Prozent erworben. Nun steigen die Zinssätze auf 4 Prozent. Investoren, die nach der Zinserhöhung Anleihen kaufen, erhalten doppelt so viele Zinsen.

Die neuen Anleihen sind somit wertvoller als die bisherigen Anleihen. **Wer nun eine Anleihe mit 2 Prozent Zinsen verkaufen möchte, muss dem Käufer einen erheblichen Preisnachlass einräumen, der den jährlichen Renditenachteil zur 4-prozentigen Anleihe ausgleicht.** Wie sich das in der Praxis auswirkt, kann man an dem Kursverlauf der 100-jährigen Österreich-Anleihe gut ersehen (siehe Chart unten).



Diese wurde in 2017 mit einem jährlichen Zinsversprechen von 2,1 Prozent ausgegeben. Der Ausgabe-kurs lag bei 100 und zum Laufzeitende werden Anleihen ebenfalls zum Kurs 100 wieder eingelöst.

Während der Laufzeit kann diese Anleihe an der Börse gehandelt werden. So stieg der Kurs in 2020 bis auf 230. **Zinserhöhungen der Notenbanken verursachten anschließend einen starken Kursverfall von 70 Prozent!**

Der extreme Kursverfall von 70 Prozent ist der sehr langen Restlaufzeit der Anleihe geschuldet. Anleihen mit kürzeren Restlaufzeiten haben natürlich geringere Kursschwankungen. **Diese können aber dennoch hoch genug sein, um Banken in die Pleite zu treiben, wie wir letzten Monat gesehen haben.**

Vermutlich halten alle Banken, Versicherungen, Bausparkassen und Pensionskassen Anleihen in ihrem Bestand und sitzen nun auf riesigen Verlusten. **Forscher der New York University haben kürzlich errechnet, dass die US-Banken, wegen der Zinserhöhungen der Notenbanken, auf bislang unrealisierten Verlusten von 1,7 Billionen Dollar sitzen – fast soviel wie das gesamte Eigenkapital von 2,1 Billionen Dollar im US-Bankensystem.**

Ursache der Bankenpleiten vom letzten Monat

Die Banken gingen unter, weil sie durch die von den Notenbanken verursachte Zinsexplosion „ausbluteten“: Bankkunden zogen ihre Einlagen ab und steckten sie in besser verzinsten Papieren. Zweijährige US-Staatsanleihen brachten deutlich höhere Zinsen, als Banken auf die Guthaben ihrer Kunden zahlen wollten oder konnten.

Um Guthaben der Kunden auszuzahlen, mussten zum Beispiel die Silicon Valley Bank und die Credit Suisse Anleihen mit großen Kurs-Abschlägen notverkaufen – und gingen an den realisierten Verlusten in die Knie. **Manche Banken erlebten einen klassischen Bankentsturm: Wenn zu viele Sparer flüchten, kann die Bank sie nicht alle gleichzeitig bedienen und ist pleite.**

Der Funke, der die Lunte diesmal zum Brennen gebracht hat, ist die Zinserhöhung, die Fed und EZB seit Sommer vergangenen Jahres zur Bekämpfung der Teuerung eingeleitet haben.

Diese Zinserhöhungen haben massiv in den Bankbilanzen eingeschlagen: Wegen der jahrelangen Null-Zinspolitik und Einlagenschwemme haben die Banken einen Großteil ihres Geldes für viele Jahre in niedrig verzinsten Staatsanleihen, Pfandbriefen und Hypotheken investiert.





Nun, da die Zinsen steigen, sind diese Altpapiere plötzlich viel weniger wert, weil man am Markt für neue Wertpapiere auf einmal deutlich höhere Zinsen bekommt.

In den Büchern der Banken stehen diese Schuldscheine aber immer noch zum nominalen Anschaffungswert. **Erst wenn Banken die Papiere in einer Notlage plötzlich zum Marktwert flüssig machen müssen, treten die Verluste bilanziell zu Tage – und können die gesamte Bank ruinieren.**

Der schweizerische Weg: Von „too big to fail“ zu „too big to save“!

Nach dem Zusammenbruch der Silicon Valley Bank war wenige Tage später die Situation bei der unter enormem Vertrauensverlust leidenden Credit Suisse eskaliert. Anleger zogen in Scharen ihr Geld ab und die Entscheidung des größten Anteilseigners der Credit Suisse, der Saudi National Bank aus Saudi-Arabien, die Investitionen in die zweitgrößte Schweizer Bank nicht erhöhen zu wollen, läutete das Ende der Credit Suisse ein.

Die Aktie der Credit Suisse hatte in den letzten 12 Monaten schon rund 80 Prozent ihres Wertes verloren. In 2022 verbuchte die Bank einen Verlust in Höhe von 7,9 Milliarden Dollar und damit den höchsten Fehlbetrag seit 2008. Bei der Credit Suisse bestand Mitte März die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Die schweizerische Regierung bekam enormen Druck aus den USA, Großbritannien und Frankreich, die Lage sehr schnell zu stabilisieren und die Credit Suisse zu stützen, denn sie ist einer der weltweit größten Vermögensverwalter **und gehört zu den 30 global systemrelevanten Banken, deren Ausfall das internationale Finanzsystem erschüttern würde.**

So wurde an einem Wochenende Mitte März 2023, nach einem Verhandlungsmarathon, an dem die beiden Banken sowie Spitzenvertreter von Politik und Aufsichtsbehörden teilgenommen hatten, die Zwangsheirat der UBS mit der Credit Suisse beschlossen. Ein Flächenbrand wie ihn die Welt in 2008 erlebt hatte, sollte unter allen Umständen verhindert werden. Mit gewaltigen Summen versuchten die schweizerische

Regierung und die Zentralbank, den Run auf die Credit Suisse zu stoppen.

Dazu hat die schweizerische Politik in der Stunde der Not einen Tabubruch begangen. Sie hat am Abend des 16. März 2023 per bundesrätlicher Notverordnung möglich gemacht, dass die UBS und die Credit Suisse Blankokredite von der Schweizer Nationalbank (SNB) beziehen können – und zwar de facto in unlimitierter Größenordnung und ohne Hinterlegung von Sicherheiten. Die SNB wurde verpflichtet, zukünftig an UBS-Credit-Suisse Darlehen auszureichen, wenn der Bundesrat das Kreditgesuch der neuen Großbank gutheißt. Die SNB hat keine Ablehnungsbefugnis! Ob das lange gehen wird?

Der, aufgrund der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS, entstehende Bankenriesen stellt die Schweiz langfristig vor erhebliche Probleme. Es ist hilfreich, sich das Größenverhältnis zwischen der neuen Bank und ihrem Heimatstaat einmal vor Augen zu führen:

Die Bilanzsumme von Credit Suisse und UBS zusammen ist zwei- bis zweieinhalbmal so groß wie das Bruttoinlandsprodukt der Schweiz.

Das Verhältnis des Jahresbudgets des Bundes zu den von der neuen Bank verwalteten Vermögen beträgt 1 zu 21. Mit anderen Worten: Die neue Riesenbank verwaltet Anlagen im Wert von ungefähr 21 Jahresbudgets der schweizerischen Regierung.

Das ist die Dimension, um die es geht, wenn diese Bank einmal ins Wanken geraten sollte. Die kleine Schweiz alleine könnte diese Bank nicht mehr retten. Aus „too big to fail“ wird dann vermutlich „too big to save“ – also zu groß, um sie retten zu können.

Die Pleiten der US-Banken im März 2023

Im März bekamen drei US-Banken Probleme, die sie selbst nicht mehr lösen konnten: Die First Republic Bank musste mit 30 Milliarden Dollar von elf großen US-Banken gestützt werden. **Die Signature Bank und die Silicon Valley Bank wurden von den Behörden wegen Insolvenz geschlossen.**





Bei der Pleite der Silicon Valley Bank gibt es einige interessante Vorkommnisse: Es ist der größte Bankenkollaps in den USA seit der Finanzkrise 2008. Das kalifornische Institut mit engen Verbindungen zum Technologiesektor vermeldete einen **Verlust von 1,8 Milliarden Dollar beim Verkauf von Anleihen. Der Bank waren zuletzt in Zusammenhang mit den höheren Zinsen viele Kunden verloren gegangen.**

Die Silicon Valley Bank hatte, per Ende 2022, Kundeneinlagen von rund 175 Milliarden Dollar. Zum Zeitpunkt ihres Zusammenbruchs lagen etwa 96 Prozent der Kundenguthaben über dem Limit von 250.000 Dollar und waren daher durch den US-Einlagensicherungsfonds **nicht versichert.**

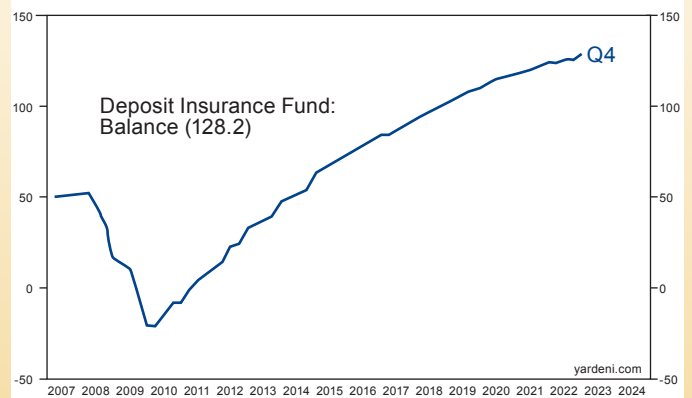
Genauer gesagt, diese Kontoguthaben wären unversichert gewesen, hätte sich die Einlagensicherungsbehörde FDIC nicht in Absprache mit der Fed und dem US-Finanzministerium auf eine Klausel zum „systemischen Risiko“ berufen, um die unbegrenzte Deckung auf alle Einlagen bei der Silicon Valley Bank auszuweiten.

Manche Unternehmen hatten Guthaben von mehreren hundert Millionen Dollar auf ihren Konten bei der Silicon Valley Bank liegen. Ein Verlust dieser Gelder hätte vermutlich zu Unternehmensinsolvenzen geführt. **Dies wollte man offensichtlich um jeden Preis vermeiden** und hat die bestehende Rechtslage ausgehebelt.

Nachdem die Aktivposten der Bank liquidiert wurden, hat man weitere 20 Milliarden Dollar zu Lasten des Einlagensicherungsfonds an die Kunden der Pleitebank ausgezahlt. Der Einlagensicherungsfonds wird durch Umlagen auf alle Banken finanziert und muss nun wieder aufgefüllt werden. Die Banken legen diese Kosten letztlich auf ihre Kunden um!

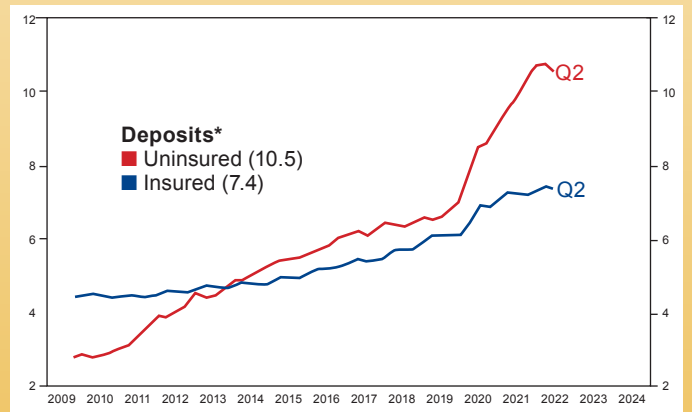
Die Begünstigten waren eindeutig gewarnt worden, keine staatliche Hilfe zu erwarten, aber sie bekamen sie trotzdem. Die Politik scheute sich vor den Folgen. Es wurde wieder ein „Bail-out“ durchgeführt, obwohl er nach gültiger Rechtslage nicht hätte stattfinden dürfen. Dieser Begriff wurde weltweit bekannt bei den letzten Bankenkrisen zwischen 2008 bis 2012 und bedeutet „jemandem aus der Patsche helfen“.

ALL FDIC INSTITUTIONS (billion dollars)



Source: Federal Deposit Insurance Corporation.

INSURED & UNINSURED DEPOSITS AT ALL FDIC INSTITUTIONS (trillion dollars)



Deposit accounts with more than \$250,000 are not insured, while those equal to \$250,000 or less are insured by the FDIC. Source: Federal Deposit Insurance Corporation.

Das war der Kniff der Politik: Es wurde behauptet, die Silicon Valley Bank wäre systemrelevant und schon konnten die Kunden entschädigt werden. Dieser Vorfall lässt vermuten, dass sich die Politiker im Ernstfall doch nicht trauen, die damals festgelegten No-Bail-out-Klauseln anzuwenden.

Die Reserven des US-Einlagensicherungsfonds beliefen sich zum Jahresende auf 128,2 Milliarden Dollar.

Die Pleite der Silicon Valley Bank verbrauchte über 15 Prozent dieses Guthabens.

Ein paar weitere Vorfälle dieser Art, oder auch nur ein einziger großer, könnten diesen Fonds leicht aufbrauchen.





Ein Kontoguthaben ist ein Kredit des Kunden an die Bank! Der Einlagensicherungsfonds übernimmt das Kreditrisiko für Guthaben unter 250.000 Dollar. Darüber hinausgehende Verluste bei einer Insolvenz der Bank gehen normalerweise zu Lasten des Kunden.

Dem Guthaben des US-Einlagensicherungsfonds von nunmehr 108 Milliarden Dollar, stehen Gesamteinlagen von rund 18 Billionen Dollar gegenüber. **Das ist eine Deckungsquote von nur 0,6 Prozent.**

Einem Kontoguthaben von 100.000 Dollar steht ein Entschädigungsbetrag von nur 600 Dollar gegenüber! In der Eurozone ist die Deckungsquote noch geringer!

Diese geringen Deckungsquoten sind die Garantie dafür, dass bei Bankenpleiten die Regierungen eingreifen müssen, obwohl sie überschuldet sind und trotzdem jedes Jahr viel mehr ausgeben, als sie an Steuern einnehmen. Wie lange wird das noch gutgehen? Mittelfristig werden sie daran scheitern.

Notkredite

Um Panikverkäufe der Anleihen zu verhindern, hat die Fed nach dem Zusammenbruch der Silicon Valley Bank und der Signature Bank ein Hilfsprogramm mit „Notkrediten“ gestartet: Die Fed stellt den Geschäftsbanken die benötigte Zentralbankgeldmenge per Kredit zur Verfügung. Dadurch sollen die Sorgen in den Finanzmärkten, US-Banken könnten zahlungsunfähig werden, vertrieben werden.

Die Banken können ihre Anleihenbestände als Sicherheiten hinterlegen und bekommen im Gegenzug günstige Kredite von der Notenbank. Dabei dürfen sie die Schuldscheine zum Buchwert ansetzen, zu dem sie diese einst gekauft haben – und nicht zum niedrigeren Marktwert. In den ersten vier Tagen nach dem Start

des Hilfsprogramms für die Banken, belief sich die Summe der Notkredite schon auf 350 Milliarden Dollar.

Das Gewähren von Notkrediten durch die Zentralbank bedeutet ein Ausweiten der Zentralbank-Geldmenge. Die Phasen, in denen die Fed Notkredite vergeben hat, markierten in der Vergangenheit Startpunkte für ausgeprägte Preissteigerungen bei Gold und Silber.

Fazit

Die Notenbanken können nicht weiter eine strikte Inflationsbekämpfungspolitik verfolgen, weil die Kollateralschäden zu groß werden! Die Zinserhöhungen der Notenbanken haben die Banken doppelt getroffen: Großkunden zogen ihre Einlagen ab und investierten diese wegen höherer Zinsen in kurzlaufende Staatsanleihen. Zusätzlich fügten die Zinserhöhungen den Banken große Kursverluste auf ihren Anleihenbestand zu.

Wenn die Bankbilanzen in Schiefelage geraten, haben wir genau das, was wir schon 2008 gesehen haben. Die Notenbanken wären dumm, wenn sie noch einmal eine Liquiditätskrise der Banken zulassen würden. **Stattdessen ist notgedrungen damit zu rechnen, dass sie mit massiver Liquidität die Banken stabilisieren werden.** Die neue Liquiditätsschwemme wird die Preise der Edelmetalle voraussichtlich deutlich anschieben!

Alles über das Rohstoffmanagement der SWM AG erfahren, [hier klicken!](#)

Gutes Gelingen bei Ihren Entscheidungen wünscht Ihnen

Ihr
Customer-Service der SWM AG

Impressum:

SWM AG | Altenbach 17 | FL 9490 Vaduz | Fürstentum Liechtenstein | Telefon: +423 23 00 182 | service@sev.li

[Video](#)

[Twitter](#)

[Google](#)

[Newsletter-Archiv der SWM AG](#)

www.swm-ag.li

Nachfolgend ergänzende Informationen zu Edelmetallen:

